

Beschluss: Annahme

Der Landesparteitag der Hamburger SPD beschließt:

Die SPD-Landespolitiker*innen in Senat und Bürgerschaft werden aufgefordert,

darauf hinzuwirken, dass die Hamburger Tierheime und insbesondere das große Tierheim Süderstraße, das zur Aufnahme der Fundtiere und der beschlagnahmten Tiere in Hamburg grundsätzlich in der Lage ist, ausreichend ausgestattet und aus öffentlichen Mitteln finanziert werden, um ihren Aufgaben des Tierschutzes nachzukommen.

Dazu gehören insbesondere

- effektive Unterstützung bei der Erweiterung des flächenmäßig begrenzten Tierheimgeländes in der Süderstraße oder beim Auffinden eines neuen zentralen Geländes,
- effektive Unterstützung bei der Sanierung maroder Gebäude auf dem bisherigen Tierheimgelände in der Süderstraße und der Errichtung erforderlicher Neubauten sowie der baurechtlichen Vorbereitung dieser Maßnahmen oder bei der Neubebauung eines geeigneten neuen Geländes,
- Verlängerung des bestehenden Erbpachtvertrages über das Gelände in der Süderstraße sowie weiteres Erweiterungsgelände am bestehenden Ort für eine Dauer, die in angemessenem Verhältnis zu den erheblichen Investitionen des Hamburger Tierschutzvereins in die bauliche und sonstige Infrastruktur des Tierheims steht oder Abschluss eines entsprechend langfristigen Erbpachtvertrages über ein etwaiges neues Gelände,
- Unterhaltung eines Vertrages bzw. von Verträgen mit dem Hamburger Tierschutzverein bzw. weiteren Tierschutzvereinen, mit dem bzw. denen die Stadt unter regelmäßigen Anpassungen langfristig sichert, dass Tierschutz in Hamburg ausreichend finanziert ist. Dazu gehört die vertragliche Absicherung kostendeckender Finanzierung für die Übernahme hoheitlicher Aufgaben, insbesondere
- die Unterbringung aller von der Stadt beschlagnahmten Tiere,
- die Unterbringung aller im Tierheim bzw. in den Tierheimen abgegebenen Fundtiere, und zwar sowohl von Haustierarten als auch von verwilderten Haustieren und Exoten, sowie
- die Versorgung von in Hamburg freilebenden verwilderten Haustieren (insbesondere Katzen und Tauben) durch die Hamburger Tierheime oder andere Organisationen.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft